

ich Theurer
 chletingen

**Mützen
 waren**

wahl
 eidsame Formen
 Preise

Reparaturen
 rkskäfte

Rürschnermfr.

heim Fernruf 877.

zur gefälligen Kenntnis

frier-salon
 ur Donnerstags
 ags geöffnet habe.
 s, Friseur.

28. Oktober 1921.

gung.

2
 ie herzlicher Liebe
 n frühen Hinnscheiden
 hrer trauernden
 eiter u. Schwägerin

olzäpfel

ung zu ihrer letzten
 allen denken, die sie
 eicht beklunden, die
 für die trostreichen
 en, den erhabenden
 wie den Herren
 en Dank.

n Hinterbliebenen:

olzäpfel.

Einen schönen Hülfe
 amm, Kasse

**Hamburger
 Goldsprenkel,**
 50 r u. 1,0 2ler, Preis
 re, Frühleger, gebe preis
 et ab.
 auch nicht ausgeschlossen.
 Adalff sen., Lederstr. 151

Neue la

Salz-Heringe,
 neue la

Essig-Gurken
Friedr. Lamparter,
 am Markt

Guterhaltenen, dunklen
Leberzieher

ur kleine Figur, hat billig
 verkaufen.
 Wer, sagt die Geschäfte
 lle ds. Bl.

Agentur.
 Alte Feuerber.-Ges. sucht
 r die Plätze Calw, Hirsau,
 W., Gchingen und Albstadt
 ngkeit je einen tüchtigen
Vertreter.
 Umgehende Angebote mit
 M. 233 an die Geschäftsstelle
 dieses Blattes.



Nr. 254.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

96. Jahrgang

Verkaufsweg: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 75 Hg. 4
 Hefen Nr. 2.50 Auf Sammelangelegenheiten kommt ein Zusatz von 100% an. — Anzeigen-Nr.

Montag, den 31. Oktober 1921.

Bezugpreis: In der Stadt mit Zustellung 12.00 vierteljährlich. Abzugpreis
 12.00 mit Beleggeld. — Inhalt der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags

Deutschland und das Diktat über Oberschlesien.

Antwort der Völkervereinigung auf die deutsche Protestnote.

Berlin, 30. Okt. Der deutsche Völkervereiniger in Paris hat auf die Note der deutschen Regierung vom 27. Oktober folgende Antwortnote erhalten:

Wir Excellenz haben durch Ihre Note vom 27. Oktober mitgeteilt, daß die deutsche Regierung gemäß der von den alliierten Mächten am 20. Oktober 1921 getroffenen Entscheidung über die Festsetzung der Grenze zwischen Deutschland und Polen in Oberschlesien die in dieser Entscheidung vorgesehenen Delegierten, deren Namen ohne Verzug mitgeteilt werden müssen, bezeichnen wird.

Ich habe die Ehre, Ihnen zur Kenntnis zu bringen, daß die alliierten Mächte von dieser Mitteilung Kenntnis genommen haben. Aber sie können nicht zugeben, daß die von ihnen auf Grund des Artikels 88 des Vertrags von Versailles getroffene Entscheidung irgendwie eine Verletzung dieses Vertrags darstellt.

Infolge dessen betrachten sie den Protest der deutschen Regierung als unbegründet, null und nichtig. Sie wollen von der Mitteilung, die ihnen von Ew. Excellenz gemacht worden ist, nur die bedingungslose und vorbehaltlose Erklärung der deutschen Regierung zurückbehalten (retenir), daß sie sich allen Anordnungen der Entscheidung vom 20. Oktober mit den sich daraus ergebenden Folgen fügen wird, wie sie der Friedensvertrag Deutschland auferlegt.

Die 4 Kommissionen.

Berlin, 29. Okt. Nach der Entscheidung der Völkervereinigung über Oberschlesien müssen insgesamt vier Kommissionen ernannt werden: 1. eine Kommission für die Verhandlungen über die Wirtschaftsbestimmungen und über den Winderheitenvertrag. Die deutschen Bevollmächtigten sind: Reichsminister a. D. Schiffer und Staatssekretär a. D. Uebald. Die Unterkommissionäre werden voraussichtlich heute ernannt werden. 2. eine gemischte Kommission für Oberschlesien, bestehend aus zwei Deutschen und 2 Polen, die aus Oberschlesien gebürtig sind und aus einem Präsidenten fremder Nationalität, der vom Völkervereiniger bestimmt wird. Die Delegierten sind noch nicht ernannt. Wahrscheinlich werden von deutscher Seite Geh. Berggraf Bunzel und Bürgermeister Stephan-Beuthen ernannt werden. 3. ein Schiedsgericht, für das ein deutscher Schiedsrichter bestimmt werden muß. Die Ernennung ist bisher noch nicht erfolgt. 4. Die Grenzfestsetzungskommission für Oberschlesien. Kommissar bleibt Excellenz von Treutler, der bisher bei der Grenzfestsetzung zwischen Deutschland und Polen tätig war. Als Unterkommissar wird Graf Rodewils tätig sein, der ebenfalls schon bei der bisherigen deutsch-polnischen Grenzfestsetzungskommission beschäftigt war.

Die ungarische Krise.

Vor einem neuen mitteleuropäischen Krieg?

Wien, 29. Okt. Wie die Wälfler aus Graz melden, hat der Ministerrat gestern beschlossen, zwei Jahrgänge des 2. und 3. Armeekorps zu einer sechswöchigen Waffenübung einzubereiten.

Wien, 29. Okt. Gestern abend wurde, wie amtlich mitgeteilt wird, eine österreichische Patrouille auf steyerischem Boden plötzlich von Friedberg von einer ungarischen Bande angefallen. Die Bande wurde vertrieben.

Wien, 29. Okt. Das über einige Teile der Tschecho-Slowakei verhängte Standrecht ist auf die ganze Tschecho-Slowakei ausgedehnt worden. Raub, Brandstiftung und Verbrechen gegen die Sicherheit des Staates sind mit Todesstrafe bedroht. Das Militär hat Befehl erhalten, Störungen der öffentlichen Ordnung rücksichtslos zu unterdrücken.

Wien, 31. Okt. (Tschecho-Slowak. Pressbüro.) Nach der Freitag-Konferenz wurden die diplomatischen Verhandlungen den ganzen Sonnabend und Sonntag fortgesetzt. Ebenso wurde ständig zwischen Belgrad und Budapest verhandelt. Die große Entente leitete ihre Verhandlungen auch in Budapest fort, wo ein diplomatischer Schritt in den letzten Tagen in sehr entschiedener Form erfolgt ist. Alles zielt darauf hin, im letzten kritischen Augenblick einen kriegerischen Zusammenstoß zu vermeiden.

Die Standpunkte der Großmächte und der Kleinen Entente haben sich beträchtlich genähert. Am Sonnabend vormittag hatten die diplomatischen Vertreter der Kleinen Entente gemäß der Instruktion ihrer Regierungen den Regierungen in Paris, London und Rom eine Note überreicht, welche die Standpunkte

und die Forderungen der tschecho-slowatischen, der jugoslawischen und der rumänischen Regierung in der magyarischen Frage darlegte. In Paris war daraufhin sofort die Völkervereinigung anberaumt worden, um die Note der Kleinen Entente zu behandeln.

Paris, 30. Okt. „Petit Parisien“ teilt mit, die Völkervereinigung sei entschlossen, die Herabsetzung der ungarischen Freereserve zu überwachen. Sie habe es jedoch abgelehnt, die Mobilisationslösen der Kleinen Entente Ungarn aufzuerlegen.

Vor der Washingtoner Konferenz.

Hoffnungen und Erwartungen.

London, 28. Okt. Nach einer Meldung der „Press“ lautet, daß Lloyd George am nächsten Freitag zur Washingtoner Konferenz fahren wird.

Newyork, 28. Okt. Admiral Cato, der sich als Vertreter Japans auf der Reise zur Washingtoner Abrüstungskonferenz befindet, hat unterwegs erklärt, Japan sei bereit, seine Flottenstärke herabzusetzen, wenn die Mächte auf der Konferenz zu einer Verständigung gelangen.

Washington, 28. Okt. (Newyork.) Staatssekretär Hughes gab eine optimistische Erklärung über die Aussichten der Abrüstungskonferenz ab. Die bereits ausgetauschten Ansichten zeigten den lebhaften Wunsch, zu greifbaren Ergebnissen zu gelangen. Der Staatssekretär bestritt, daß die Frage der Gleichheit der Rassen zur Verhandlung komme und daß man, daran denke, deutsche Vertreter auf der Konferenz in offizieller oder inoffizieller Eigenschaft heranzuziehen.

Washington, 28. Okt. Präsident Harding hat sich gestern in einer Rede über seine Stellung zur Abrüstungsfrage ausgesprochen. Er erwähnte die amerikanische Nation zur Einigkeit und zu einer Haltung, die dauernd freundschaftliche Beziehungen zwischen allen Völkern möglich mache. Wenn die Beratungen über die Herabsetzung der Rüstungen scheitern sollten, so werde die Verantwortung dafür nicht auf Amerika fallen. Der Friede sei wohl vereinbar mit einer angemessenen Verteidigung Amerikas. Es liege auf der Hand, daß die Menschheit geneigt sei, es mit dem Experiment zu versuchen und Amerika könne den Völkern beim Vortreten des neuen Weges helfen. Die entgegenkommende Annahme der amerikanischen Einladung zur Konferenz lasse die Annahme zu, daß man zu guten Ergebnissen gelangen werde. Amerika betrachte die Frage der Abrüstung sowohl vom nationalen als auch vom internationalen Standpunkt aus und hoffe, daß die ganze Welt, belehrt durch die letzte ungeheure Tragödie, zur gleichen Einsicht kommen werde. Harding betonte zum Schluß, er werde die nationale Unabhängigkeit Amerikas in keinem Punkte opfern. Amerika werde zunächst für Amerika da sein, aber es werde nie ein egoistisches Amerika sein, das sich einbildet, seinen Vorteil aus dem Unglück der anderen ziehen zu können.

Ausland.

Austausch der Ratifikationsurkunden zum deutsch-amerikanischen Frieden.

Paris, 30. Okt. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington wird der Geschäftsträger der Vereinigten Staaten in Berlin, Dresel, das amerikanische Ratifikationsdokument zum Friedensvertrag nächste Woche in Berlin übergeben und die Ratifikation des Reichstags in Empfang nehmen. Im Anschluß daran werde in den Vereinigten Staaten die Proklamation des Friedenszustandes erfolgen und die Ernennung von amerikanischen Konsuln in Deutschland bekannt gegeben werden. Die Konsuln würden wahrscheinlich ihre Tätigkeit noch vor Ernennung des amerikanischen Völkervereinigers für Berlin aufnehmen.

Deutsche Kunstschätze zu Reparationszwecken!

London, 28. Okt. Auf die Anregung eines Abgeordneten im Unterhaus, die Alliierten sollten im Hinblick auf die von Deutschland geltend gemachten Schwierigkeiten, die Reparationszahlungen zu leisten, der deutschen Regierung vorzuschlagen, deutsche Kunstschätze zu verkaufen, veriprach Sir Robert Fernie, diese Anregung zur Kenntnis der Reparationskommission zu bringen.

Neuregelung der Reparationspolitik?

London, 28. Okt. „Daily Mail“ berichtete, daß die Rede Mc. Kennas in Chicago in hiesigen amtlichen Kreisen, insbesondere beim Schatzamt einen günstigen Eindruck gemacht habe. Die Ansicht gewinne Boden, daß nicht nur die interalliierten Schulden gestrichen werden müßten, sondern daß auch die Reparationspolitik ein Neuregelung erfahren müsse. Der Sturz der deutschen Mark sei ein furchtbarer Schlag für den britischen Handel. Man hege über die Wirkung der Reparationszah-

lungen auf den Wert der deutschen Mark eine so ernste Ansicht, daß das britische Kabinett sich gezwungen sehen werde, Maßnahmen dagegen zu erwägen, daß die Zahlung künftiger Reparationen durch die jetzige finanzielle Lage Deutschlands gefährdet werde. — Nach der „Daily Mail“ ist es so gut wie sicher, daß diese Frage im Zusammenhang mit der Konferenz erörtert wird.

Frankreichs Budget 1922.

Paris, 28. Okt. Die Finanzkommission der Kammer hat nunmehr die Einnahmen und Ausgaben für das Budget 1922 festgestellt. Die ordentlichen Ausgaben belaufen sich auf 22 753 Millionen Franken, die außerordentlichen auf 3 200 Millionen Franken, im ganzen also 24 953 Millionen. Die ordentlichen Einnahmen sind mit 19 778 Millionen eingestuft, die außerordentlichen mit 3550 Millionen, im ganzen also mit 23 328 Millionen. Es bleibt somit ein Defizit von annähernd 1 600 Millionen Franken, das durch Ausgabe kurzfristiger Schatzscheine beglichen werden soll.

Frankreichs Hilfe für das hungernde Rußland.

Paris, 28. Okt. Die Kammer nahm heute vormittag einen Gesetzentwurf an, durch den ein Kredit zur Hilfeleistung für die hungernde Bevölkerung Rußlands eröffnet wird. Der Kredit soll in Höhe von 7 Millionen Franken gewährt werden und zwar eine Million in Geld und 6 Millionen in Naturalieferungen.

Die irische Frage.

London, 28. Okt. Die Aussichten auf eine Regelung in der irischen Frage werden als trübe bezeichnet. Es wird keine weitere Sitzung der irischen Konferenz vor der Debatte über die irische Frage im Unterhaus am Montag erwartet, bei der, wie man in ministeriellen Kreisen zuverlässig annimmt, die Regierung eine überwältigende Vertrauensstimmung erhalten wird.

London, 28. Okt. Der politische Berichterstatter des „Daily Chronicle“ schreibt, man hege die Befürchtung, daß eine Sitzung der irischen Konferenz eingetreten sei und daß wenig Hoffnung auf eine Regelung und für eine Fortsetzung auf einer zweckdienlichen Grundlage bestehe. Die Sinn Feiner-Delegierten seien anscheinend nicht geneigt, ihre Forderung auf ein unabhängiges Irland aufzugeben. Die Lage sei ernst.

Die Regelung der Alands-Inseln-Frage.

Stockholm, 27. Okt. Die Alands-Konvention wurde heute veröffentlicht. Nach ihr verpflichtet sich Finnland, die Alands-Inseln nicht zu besetzen. Keine Anlage für irgend welche militärischen Operationen darf beibehalten oder auf den Inseln errichtet werden. Auch darf keine militärische Land-, See- oder Luftstreitkraft irgend einer Macht innerhalb einer bestimmten Grenzlinie eintreffen oder sich dort aufhalten. Ebenso ist jede Herstellung, Einfuhr und Ausfuhr von Waffen und sonstigem Kriegsbedarf verboten.

Von der internationalen Arbeitskonferenz.

Genf, 28. Okt. Die internationale Arbeitskonferenz stimmte heute nach längerer lebhafter Debatte, an der Vertreter der Regierungen und der Arbeiter zahlreicher Länder sich beteiligten, über den Antrag der französischen Regierung ab, die landwirtschaftlichen Fragen von der Tagesordnung der Konferenz abzuschließen. Beim Namensaufruf stimmten 63 Delegierte für die Behandlung der Regelung der landwirtschaftlichen Arbeitszeit auf der Konferenz, 39 dagegen. Die notwendige Zweidrittelmehrheit war also nicht erreicht. Die Abstimmung über die anderen die ländlichen Arbeiter betreffenden Fragen wurde auf morgen vertagt. Die deutschen Delegierten haben alle für das Verbleiben der Regelung der Arbeitszeit auf der Tagesordnung gestimmt. Die Ablehnung hat unter den Delegierten der Arbeiter große Erregung hervorgerufen.

Aus dem Saargebiet.

Ausfuhrverbote.

Saarbrücken, 28. Okt. Durch Verordnung der Regierungskommission wird die Ausfuhr alles im Saargebiet befindlichen Viehes (Schlachtvieh, Nutzvieh und Zuchtvieh) und von sämtlichen im Saargebiet befindlichen Lebens- und Futtermitteln verboten. Zuwiderhandlungen werden nach der Verordnung zur Belämpfung des Wuchers bestraft.

Die Spende für Oppau.

Berlin, 28. Okt. Die Regierungskommission des Saargebiets hat der Reichsregierung für die Opfer des Oppauer Unglücks eine Spende im Betrag von 100 000 Mark übermittelt. Sie ist dem Reichshilfsauschuß für Oppau zur Weitergabe an die örtlichen Behörden überwiesen worden.

Die Landtagswahlen in Baden.

Karlsruhe, 30. Okt. Die Wahlen zum badischen Landtag sind, soweit bisher bekannt, völlig ruhig verlaufen. Die Wahlbeteiligung war ziemlich rege. In der Stadt Karlsruhe haben von 70 500 Wahlberechtigten 59 765 abgestimmt. Es erhielten die Mehrheitssozialisten 19 410, das Zentrum 12 764, die Kommunisten 3394, die Demokraten 7 146, der Landbund 92, die U.S.P. 3672, die Deutschnationalen 8413, die Wirtschaftsvereinigung 1 673, die Deutsche Volkspartei 7 007 Stimmen. Ungültig waren 363 Stimmen.

Karlsruhe, 31. Okt. Das vorläufige Ergebnis der Landtagswahl in Mannheim-Stadt ist folgendes: Stimmen erhielten: die Deutschnationalen 7165, die Deutsche Volkspartei 11 618, das Zentrum 14 432, die Wirtschaftliche Vereinigung 2414, die Demokraten 7247, die Mehrheitssozialisten 36 383, die U.S.P. 5488, die Kommunisten 780. — Das vorläufige Wahlergebnis im dritten Wahlkreis Freiburg-Emmendingen lautet: Deutschnationale 7440, Deutsche Volkspartei 6283, Wirtschaftliche Vereinigung 2809, Landbund 14 409, Zentrum 52 715, Demokraten 6700, Mehrheitssozialisten 18 474, U.S.P. 1674, Kommunisten 2223 Stimmen.

Im letzten badischen Landtag besaßen von 107 Sitzen das Zentrum 39, die Sozialdemokraten 36, die Demokraten 24 und die Deutschnationalen 7 Sitze. Wie auch im Reich, hat nun die Deutsche Volkspartei in Baden eine starke organisatorische Tätigkeit entfaltet, und nach den bisherigen Ergebnissen aus den Gr.-Ständen — das Endergebnis liegt uns im Augenblick noch nicht vor — ist ersichtlich, daß diese Partei, die in Baden die Bezeichnung Deutsche liberale Volkspartei angenommen hat, einen wesentlichen Teil der deutschdemokratischen Stimmen auf sich vereinigen wird. Bei den letzten Landtagswahlen vermochten die Unabhängigen und Kommunisten auch keine Sitze zu erringen. Dagegen werden diese beiden Parteien auf Grund des bis jetzt vorliegenden Ergebnisses aus den größeren Städten ebenfalls einen starken Stimmengewinn erwarten, wie zu erwarten war. Bei der Reichstagswahl im vorigen Jahr erhielten das Zentrum 344 027 Stimmen, die Deutschnationale Volkspartei 113 554, die Deutsche Volkspartei 64 653, die Deutsche Demokratische Partei 116 398, die Unabhängigen 102 965, die Sozialdemokratische Partei 190 298 und die Kommunisten 14 471.

Das vorläufige Endergebnis.

(W.L.B.) Karlsruhe, 31. Okt. Nach dem vorläufigen Ergebnis der Landtagswahlen vom Sonntag sind endgültig gewählt: 20 Mehrheitssozialisten, 34 Zentrum, 7 Demokraten, 7 Landbund, 7 Deutschnationale, 1 Wirtschaftliche Vereinigung, 5 Deutsche Volkspartei, 2 Unabhängige Sozialdemokraten, 3 Kommunisten, zusammen 86 Abgeordnete. Die alte Koalition zählt demnach 61 Abgeordnete. Der verfloren Landtag setzte sich aus 107 Abgeordneten zusammen, wovon 39 Zentrum, 36 Sozialdemokraten, 25 Demokraten u. 7 Deutschnationalen, mithin trat eine Verringerung der Mandate um 21 ein, was einer verminderten Wahlbeteiligung und der Abnahme der Zahl der Wahlberechtigten zurückzuführen ist. Auf je 10 000 Stimmen entfällt ein Abgeordneter. Im ganzen Lande wurden abgegeben an Stimmen 204 591 für die Sozialdemokratie, 341 656 für das Zentrum, 35 878 für die Kommunisten, 76 167 für die Demokraten, 74 720 für den Landbund, 27 102 für die Unabhängigen, 76 013 für die Deutschnationalen, 54 393 für die Deutsche Volkspartei und 11 427 für die Wirtschaftliche Vereinigung, insgesamt 901 457 Stimmen.

* Wie aus dem uns soeben telephonisch übermittelten Gesamtergebnis der badischen Landtagswahlen hervorgeht, ist, wie auch bei den preussischen Wahlen zu konstatieren war, eine Verschiebung der Stimmen nach der extremen Linken und nach der Rechten eingetreten. Die Verschiebung nach der Rechten kennzeichnet sich einmal durch die Abnahme der deutschdemokratischen Stimmen zugunsten der Deutschen Volkspartei und zum andern durch die Erzielung von 7 Sitzen durch den Landbund, der unserm Bauernbund in Württemberg vollständig gleich anzusehen ist, und der seine Stimmen wohl auch aus den Kreisen der katholischen Bevölkerung auf dem Lande aus wirtschaftlichen Gründen erhalten hat. Das Zentrum hat seine Stimmenzahl aber so ziemlich zu erhalten gewahrt. Nach dem Ergebnis ist anzunehmen, daß die alte Koalition von Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten auch im neuen Landtag die Regierung übernehmen wird, da sie eine überwiegende Mehrheit errungen hat.

Deutschland.

Keine Ueberführung der Reichseisenbahnen in die Privatverwaltung.

Berlin, 27. Okt. Der Sachverständigen-Vorrat des Reichsverkehrsministeriums verhandelte heute unter dem Vorsitz des Ministers Gröner über die Frage, ob die Ueberführung der Reichseisenbahnen in Privatbetrieb eine Gesundung der finanziellen Lage der Reichseisenbahnen herbeiführen geeignet wäre. Wie in München, ist auch in der heutigen Sitzung des Sachverständigen-Vorrats von keiner Seite die Ueberführung der Reichseisenbahnen in Privatbetrieb in irgend einer Form empfohlen worden. Die überwiegende Mehrheit war auch der Auffassung, daß eine Uebertragung der Verwaltung an eine privatrechtliche Gesellschaft selbst unter Wahrung des Eigentumsrechts des Reichs nicht zweckmäßig sei. Dagegen wurde eine Durchdringung des Staatsbetriebs mit kaufmännischem Geist und die möglichste Anwendung privatwirtschaftlicher Grundsätze innerhalb des Staatsbetriebs empfohlen. Der Vorrat billigt die Absicht des Ministers, bei Gelegenheit der Einbringung des Eisenbahnfinanzgesetzes

eine Reihe von Anwendungsmöglichkeiten privatwirtschaftlicher Grundsätze durchzuführen. Dieses Eisenbahnfinanzgesetz soll nach den Ansichten des Ministers noch in dieser Tagung des Reichstags zur Verabschiedung gelangen.

Berlin, 27. Okt. In der heutigen Vollstunde des Sachverständigen-Vorrats beim Reichsverkehrsministerium sprach der Eisenbahnsachmann Wirtl. Geh. Rat Dr. Hermann Kirchhoff über das Thema: „Reichsbahn oder Privatbahn?“ Kirchhoff ist gegen die Anwendung von radikalen Mitteln, wie Veräußerung oder Verpachtung der Reichseisenbahnen. Die künftigen Verbesserungen dürften nur im Rahmen der Reichsverfassung durch eine weitgehende Ausführung des Artikels 92 getroffen werden. Die Reichseisenbahnen als solche müssen bestehen bleiben, aber privatwirtschaftliche Betriebe werden. Das Eisenbahnwesen müsse nach kaufmännischen Grundsätzen verwaltet werden. Es müsse losgelöst werden von den bürokratischen Einrichtungen der übrigen Reichsverwaltungen, unter Bildung von Reserve- und Erneuerungsfonds selbständig privatwirtschaftlich betrieben werden. Die Leiter hätten wie die Leiter der Privatwirtschaft die Bilanz aufzustellen, stille Reserven zu legen, die Befolgungen, Löhne und Tarife nach kaufmännischen Grundsätzen zu regeln. Aus Delegierten des Reichstags, des Reichswirtschaftsrats und des Reichsfinanzministeriums müßte ein Aufsichtsorgan geschaffen werden.

Steigerung der täglichen Kartoffelbevorratung.

Berlin, 27. Okt. Vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird mitgeteilt, daß es den bereits mehrfach in der Presse erwähnten Bestrebungen des Reichsverkehrsministeriums erfreulicherweise gelungen ist, die Zahl der an einem Tage beförderten Wagen mit Kartoffeln auf über 7000 zu steigern.

Zur Frage der Gehaltsverbesserungen.

Berlin, 28. Okt. Von beteiligter Seite wird mitgeteilt: Im Reichsfinanzministerium fanden am 26. und 27. Oktober ausgedehnte Verhandlungen über die möglichen Grundlagen für Gehaltsverbesserungen für die Beamten statt. Nach der Auffassung des Reichsfinanzministeriums handelt es sich diesmal nicht ausschließlich um eine Teuerungsausgleich, sondern um eine Neugestaltung des Besoldungsgesetzes. Den Vorschlägen der Beamten-Gewerkschaften stehen Vorschläge des Reichsfinanzministeriums gegenüber. Die Verhandlungen dauerten am Donnerstag bis nachts 1 Uhr. Sie führten aber noch zu keiner Einigung. An der Beratung beteiligt sind die 5 Spitzenverbände, die eine 2-köpfige Verhandlungskommission entsandt haben. Hierzu stellen der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund und die A. d. D. der Deutsche Beamtenbund und der Deutsche Gewerkschaftsbund je 5 und der Gewerkschaftsring 2 Vertreter. Geplant ist zuerst über die Beamtenforderungen und im Anschluß daran über die Angestellten- und Arbeiterforderungen zu verhandeln. Die Verhandlungen sollen in nächster Woche zu Ende geführt werden.

Zum Anschlag auf Auer.

München, 28. Okt. Die bayerische Staatsregierung hat für die Ergreifung der Täter, die den Anschlag auf den Abgeordneten Auer verübten, eine Belohnung von 10 000 Mark ausgesetzt.

Dampferunglück auf dem Wannsee bei Berlin.

Berlin, 30. Okt. Auf dem Wannsee sind zwei Dampfer zusammengestoßen. Ein Dampfer sank. Nach den vorliegenden Meldungen ertranken 30 Personen.

Berlin, 31. Okt. Zu dem Dampferunglück auf dem Wannsee wurde um 12 1/4 Uhr nachts gemeldet: Am Sonntag stieß ein Motorboot und ein Dampfer, beide der Sternegesellschaft gehörend, zusammen. Das Motorboot, das aus der Richtung Kladow kam und ungefähr 90 Personen fassen soll, wurde von dem Dampfer in der Mitte gerammt. Der Sternedampfer war leer, da er erst kurz zuvor Personen für einen Potsdamer Yachtclub beordert hatte. Wenig Personen sich auf dem Motorboot befinde, ist noch nicht festgestellt. Es sind bisher 16 oder 17 Personen gerettet worden. Das Unglück geschah auf der Mitte des Wannsees. Die näheren Feststellungen über die Schuldfrage erfolgen zur Stunde noch.

Berlin, 30. Okt. Zu dem Dampferunglück auf dem Wannsee erzählt das W.L.B. noch folgendes: Der Dampfer „Kaiser Wilhelm“ ist in den Dampfer „Storlow“ der Sternegesellschaft bei Havelbeek hineingefahren. Der Dampfer „Storlow“ ist gesunken. Der Reichswasserschutz von Potsdam und die Polizeibereitschaft von Zehlendorf sind bereits in Privatbooten an die Unfallstelle abgegangen.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 31. Oktober 1921.

Dienstnachrichten.

Durch Entschlebung des Herrn Staatspräsidenten ist eine Lehrstelle in Altbürg. O.L. Calw, dem Hauptlehrer Schnaitmann in Mühlhausen a. S., O.L. Völsingen, und in Alzenberg, O.L. Calw, dem Hauptlehrer Schumm in Helfenberg, O.L. Marbach übertragen worden.

Verkehr mit Butter und Käse.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Das Landespolizeiamt, Abteilung Bucheramt, hat in den letzten Wochen umfangreiche Prüfungen von Käseereien vorgenommen. Die Prüfungen erstreckten sich hauptsächlich auf die Angemessenheit der Erzeugerpreise für Butter und Käse im Verhältnis zu dem von der Käseerei bezahlten Milchpreis, sowie auf den Fettgehalt und den Grad der Reife des Käses. In zahlreichen Fällen wurde Anzeige an die Staatsanwaltschaft erstattet. Die Untersuchungen nehmen ihren Fortgang. Das Bucheramt hat außerdem in den letzten Wochen 2528 Kla. Sackkäse, 8540 Kilogramm Weiskäse und 960 Kilo. Butter beschlagnahmt, die unzulässigerweise aus Württemberg ausgeführt werden sollten. Eine strenge Ueberwachung des Butter- und Käsehandels wird auch künftig durchgeführt werden.

Wetterbericht für Dienstag und Mittwoch.

Der Luftwirbel über Norddeutschland ist durch den wieder erstarkten Hochdruck im Süden zurückgedrängt worden. Am Dienstag und Mittwoch ist zeitweilig bedecktes, aber meist trockenes und ziemlich raues Wetter zu erwarten.

Sirau, 29. Okt. Hier haben es die Diebe seit längerer Zeit mit Vorliebe auf das Geflügel abgesehen. Heute nacht wurden wieder zwei Hühnerställe geseuert. — Es muß sich, wie aus den seitherigen Diebstählen zu ersehen ist, um ortsunabhängige Personen handeln, so daß eine scharfe Kontrolle der Sicherheitsorgane in der Lage sein sollte, den Dieben auf die Spur zu kommen.

Bekennnis- und Gemeinschaftsschule.

Am Freitagabend fanden, wie bereits gemeldet, die beiden Vorträge über „Bekennnisschule und Gemeinschaftsschule“, Redner: Oberlehrer Kühnle-Cannstatt, und über „Die evangelische Schule und das Gewissen des Kindes“, Redner: Oberlehrer Rosbichly-Remlingen, statt. Veranstalter waren der „Verein evangel. Lehrer in Württemberg“ und der „Deutsche Bund für Haus und Schule in Württemberg“. Die Versammlung war überaus zahlreich, besonders vom Bezirk aus besetzt. Den Vorsitz hatte Missionar Stahl-Carl übernommen. In seinen einleitenden Worten führte er u. a. aus, man müsse Kampfesstimmung, aber dem Kampf um diese Fragen könne man sich nicht mehr entziehen. Es handle sich um die wichtigste Frage: um Deutschlands Jugend, und Deutschlands Jugend sei Deutschlands Hoffnung. „Wer die Jugend hat, hat auch die Zukunft.“ Die Zukunft liege dunkel vor uns entsprechend der Gegenwart. Umso nötiger sei es, der Jugend das Beste mitzugeben, was ihr mitgegeben werden kann. Sie müßte helfen, Deutschland wieder hoch zu bringen und von den Sklavenschaften zu befreien. Vor allen Dingen müsse man sie zu Gottesmenschen erziehen, zu Leuten, die vor allem trachten nach dem ewigen Leben. Den Weg dazu weise die evangelische und katholische Bekennnisschule. So wie sie bisher in Württemberg war, müsse man sie erhalten. — Darnach erstellte er dem ersten Redner, Herrn Oberlehrer Kühnle-Cannstatt, das Wort zum eigentlichen Bericht über die Bekennnisschule und Gemeinschaftsschule. In längeren Ausführungen entwickelte dieser ungefähr folgendes: Die Zahl der Besucher der Versammlung zeige, welche Bedeutung der Sache des Abends beigemessen würde. Ein Kampf der Geister sei entbrannt, nicht um materielle Güter, sondern um die Seele der Kinder unseres Volkes. Wem solle diese Seele gehören? Seit es in Württemberg Volksschulen gebe, hätten wir Bekennnisschulen gehabt, evangelisch, katholisch und jüdisch. Soll es so bleiben oder soll das andere werden, das sei die Frage. Die Fragestellung beschäufte sich in nächster Zeit besonders eingehend mit der Volksschule. Der seitherige Schulgesetzentwurf bevorzugte die Gemeinschaftsschule. Das Urteil der Eltern darüber werde in einer Abstimmung zu Tage kommen, die Lehrerhaft sei zum Teil für die Gemeinschaftsschule, zum Teil für die Bekennnisschule. Die Kirche habe sich für die konfessionelle Schule erklärt. Das Kind wolle, daß wir es in eine Schule führen, in der es ihm am wohlsten ist. Die Schule, die das Kind zu Jesu führe, sei die, in der es am meisten befriedigt werde. Das Evangelium sei durch die Reformation unserem Volk gebracht und ihm dadurch neue Lebenswerte gegeben worden. — Um 1900 habe es noch keine 20 deutschen Schulen in Württemberg gegeben, um 1900 schon 494 Volksschulen. Das sei das Werk der großen Kirchen- und Schulordnung des Herzogs Christoph vom Jahre 1559, an der vor allem auch der Reformator Brenz mitgewirkt habe. (Auch Joh. Val. Andrea wurde erwähnt.) Durch diese Kirchen- und Schulordnung wurde für die Kinder der hart schaffenden Untertanen Schulen eingerichtet. Damit trete die Schule an die Stelle der Eltern, weil diese keine Zeit für das Unterrichten haben. Aber der Wille der Erziehungsberechtigten müsse berücksichtigt werden. Das sei eine gewisse Verbindung zwischen der Schulordnung von 1559 und der neuen Reichsverfassung. Der Wille der Erziehungsberechtigten aber sei, das Beste, was den Kindern gegeben werden könne, zu geben: Herz, Verstand, Gemüt, Wille, Gedächtnis, alle Körper- und Geistesgaben sollten entwickelt, ausgebildet werden. Das sei im Sinn der christlichen Schulauffassung und der evangelischen Schule. In ihr bestes Einheits- und Einigkeit zwischen Lehrern und Eltern. Wie zwischen den Eltern Uebereinstimmung herrschen müsse, so auch zwischen Eltern und Lehrern. In der christlichen Schule sei der Mittelpunkt der Religionsunterricht, von dem aus Gesinnungslinien in die anderen Fächer ziehen. (Der Redner führt ein Beispiel an). Damit solle aber nicht gesagt sein, daß jede Unterrichtsstunde eine Religionsstunde sei, aber es gehe ein einheitlicher Geist durch die ganze Schule. Hier habe die Erziehung die kräftigsten Hilfsmittel in Gott, Gebet und Gewissen. Man fordere man an Stelle dieser Schule die Gemeinschaftsschule, früher Simultanschule, am besten gemischte Schule, genannt. In dieser Schule werde nicht nach dem Bekenntnis von Kindern und Eltern gefragt. Lehrer und Kinder seien gemischt. Christliche und nichtchristliche, evangelische und katholische, jüdische und freidenkerliche Kinder könnten von Lehrern der verschiedensten Weltanschauungen unterrichtet werden. Damit könne eine einheitliche Erziehung nicht gewonnen werden. Denn es müsse Rücksicht genommen werden auf die einzelnen Anschauungen. Die Empfindungen anders Denkender dürfe nicht verletzt werden. Im Unterricht dürfe darum nichts von Gott gesprochen werden. Die Bekennnisschule sei eine freie Schule.

Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland

und Mittwoch, und ist durch den wieder abgedrängt worden. Am 1. g. bededtes, aber meist zu erwarten.

Die Diebe seit längere abgesehen. Heute nacht 1. — Es muß sich, wie sehen ist, um oristundige Kontrolle der Sicherung Dieben auf die Spur

Gemeinschaftsschule.

... gemeldet, die beiden ... Gemeinschaftsschule, ... über „Die ... des Kindes“, Redner: ... Veranlasser waren ... berg“ und der „Deutsche ... emberg“. Die Versamm- ... vom Bezirk aus beauf- ... Calw übernommen. In ... u. a. aus, man fühle ... um diese Fragen könne ... die sich um die wichtigste ... Deutschlands Jugend ... Jugend hat, hat auch ... vor uns entsprechend ... der Jugend das Bes- ... den kann. Sie möge ... ngen und von den El- ... gen müsse man sie ... vor allem trachten ... esse die evangelische ... sie bisher in Württem- ... Darnach erteilte er den ... h n l e - Camptat, das ... ie Belenntnis- und Go- ... rungen entwickelte diese ... facher der Versammlung ... des Abends beigemessen ... brannt, nicht um mate- ... Kinder unseres Volkes ... in Württemberg Volks- ... len gehabt, evangelisch, ... en oder soll das ande- ... ggebung beschäftigte ... mit der Volksschule ... üge die Gemeinschafts- ... werde in einer Abstim- ... sie zum Teil für die ... nntnissschule. Die Kirch- ... ärt. Das Kind wünscht ... der es ihm am wohlsten ... führe, sei die, in der es ... angeliem sei durch die ... m dadurch neue Lebens- ... es noch keine 20 deut- ... n, um 1600 schon 43 ... hen Kirchen- und Schul- ... hre 1559, an der vor ... utgewirkt habe. (Auch ... urch diese Kirchen- und ... hart schaffenden Unter- ... ete die Schule an die ... für das Unterrichts- ... oberrehtigten müsse be- ... e Verbindung zwischen ... n Reichsverfassung. Der ... sei, das beste, was den ... en: Herz, Verstand, Ge- ... nd Geistesgaben sollten ... el im Sinn der christl- ... lichen Schule. In ihr ... Lehren und Eltern ... mung herrschen müsse ... n der christlichen Schule ... icht, von dem aus ... n. (Der Redner führt ... gt gesagt sein, daß jede ... sei, aber es gehe ein- ... le. Hier habe die Er- ... it, Gebet und Gewissen ... ule die Gemeinschafts- ... n gemischte Schule, ge- ... d dem Belenntnis von ... d Kinder seien gemischt- ... che und katholische, zu ... n von Lehrern der ver- ... et werden. Damit ... gewonnen werden. Denn ... auf die einzelnen An- ... Denker dürfe nicht ... darum nichts von Gott ... sei eine freie Schule.

Wandern ins Ausland

woll sie den Willen der Erziehungsberechtigten berücksichtigen; die Gemeinschaftsschule sei die Zwangsschule, durch sie würden christliche Eltern und Kinder vergewaltigt. Die Belenntnissschule wolle nur die Kinder aufnehmen, die freiwillig kämen; die Schule dem Frieden, die Gemeinschaftsschule aber führe zu Spaltung, Trennung. Die Belenntnissschule wolle der Familie, dem Staat, der religiösen Gemeinschaft, dem Kinde dienen; die Simultanen nur dem Staate. Sie bringe nicht die Vereinfachung des Schulwesens; Lehrpläne und Bücher müßten umgearbeitet werden. Die Mißstände der Zwerghschulen würden nicht allein durch die Gemeinschaftsschule beseitigt, das gehe auch ohne diese auf gesetzlichem Wege. Die Belenntnissschule haben Treffliches geleistet in den Jahrhunderten ihres Bestehens. Der Redner behandelt dann die Bedenken, die gegen die Belenntnissschule in dem Gutachten der Erziehungswissenschaftlichen Hauptstelle des Deutschen Lehrervereins vorgebracht werden. 1.) Sie hebe das Trennende stärker hervor, als das Gemeinsame. — Aber was enthalten Katechismus und Gebetbuch Trennendes? Wo werde darin hingewiesen auf die verschiedenen Belenntnisse? Die evangelische und katholische Belenntnissschule seien einander näher verwandt als Belenntnissschule und Gemeinschaftsschule. 2.) Sie gefährde die Freiheit der Wissenschaft. Man habe die Belenntnissschule schon 300 Jahre. Wie müsse die Wissenschaft gefährdet sein! Neun Zehntel der Schulen seien doch Belenntnissschulen. 3.) Die Belenntnissschule bringe die Volksschule in Gegensatz zu den höheren Schulen. Die simultanen höheren Schulen seien bis heute christlich geblieben. Das sei der Unterschied zwischen den bisherigen simultanen Schulen und der neuen Gemeinschaftsschule. — 4.) Die Belenntnissschule bringe die Gefahr, daß der Staatsgedanke durch sie und ihre Forderungen geschwächt werde. Habe aber die Belenntnissschule auf die staatspolitische Entwicklung bisher eine Einwirkung ausgeübt? Könne denn eine Schule besser dem Staat dienen, als die christliche, in der gelehrt werde: „Seid untertan der Obrigkeit“? Der Redner schließt noch einmal die Einwände gegen die Gemeinschaftsschule zusammen und fordert zum Schluß: „Wir leben in einem Volksstaat. Darum müssen wir uns an das Volk wenden. Das Volk soll kund tun, welche Schule es will. Wir fordern die Erhaltung der christlichen Schule, die andern mögen die Simultanen erhalten! Der Vorsitzende dankt dem Berichterstatter und bittet den zweiten Redner des Abends, Herrn Oberlehrer Roschitzky, den das Wort zu ergreifen. Roschitzky: „Die evangelische Schule und das Gewissen des Kindes.“ Er wendet sich gegen die Vorwürfe der Vergewaltigung des kindlichen Gewissens durch die Belenntnissschule und führt Beispiele aus der Schulpraxis an. Der Geist der Schule und des Elternhauses könne allerdings weit auseinander gehen. Das treffe aber nicht nur in der Frage der Religion, sondern auch auf andern Gebieten zu. z. B. der Moral. Es handle sich hier nicht um die Frage, wer müsse nachgeben, die Schule oder das Elternhaus, aber welche von den beiden Instanzen hat mit ihrer Beeinflussung recht. Sondern man müsse fragen, will das Kind religiös beeinflusst sein? Der Redner geht von den Worten Jesu aus. Zwei Dinge seien es, die das Leben des Kindes bewegen: das Ansehungsbedürfnis und das Schuldgefühl, die Wurzeln aller Religiosität. Das Kind suche eine Hilfe für seine kleinen und großen Misse. Wie oft verjagten da Vater und Mutter! Das Kind, das nichts von einem allmächtigen Gott wisse, fühle sich verlassen. Und auch das Schuldgefühl lasse sich nicht ablegen. Man brauche nur in den Schatz der eigenen Erinnerungen zurückzugreifen. Das äußere sich auch in der Schule. Dazu komme der kindliche Wissenstrieb. Was fragen die Kinder nicht alles! Warum, wer, wie? Sollte man diese Fragen ignorieren? Es wäre eine Vergewaltigung, dem Kinde nicht das zu geben, was es verlange. Der Redner wendet sich dann gegen die Vorwürfe, die gegen Stoff und Unterricht erhoben werden. Es käme auch hier in erster Linie auf das Elternhaus an, aus dem das Kind komme. Das unbeeinflusste Kind stehe Dingen, wie sie in den biblischen Wunderkräften vorlämen unbefangen und nicht nur mit dem Verstand gegenüber. Es frage nicht, was möglich, sondern nötig sei. Es spüre etwas vom Hereinwalten der göttlichen Macht. Auch in der Wissenschaft müsse vieles einfach reglaubt werden. Das gäbe sogar ein solch freier Denker wie der bekannte Wiener Schriftsteller Hermann Lotze zu. Das Kind traue der göttlichen Allmacht alles zu. Ein dritter Vorwurf sei der gegen den konfessionellen Unterricht. In diesem werde der Religionsunterricht konfessionell erteilt, und dadurch würden Unübersichtlichkeiten gegen andere und Dünkel erzeugt. Johannes Fichte habe die Meinung, daß die konfessionellen Gegensätze in der Simultanen ausgleichend und in der Konfessionen ausgleichend würden, längst aufgegeben. Selbst Staatssekretär Schulz erkenne ohne alles weitere an, daß der Religionsunterricht in konfessioneller Gestalt gegeben werden müsse. Es handle sich um keinen Unterricht über die konfessionellen Gegensätze, aber andererseits gäbe es einen überkonfessionellen Unterricht überhaupt nicht. Der Lehrer sei auch nicht überkonfessionell. Ein evangelischer und ein katholischer Lehrer können z. B. nicht die Geschichte von der Geburt Christi gleich behandeln. Man behandle die Kinder nicht mit dem Unterschied der Religionen. Es würden ihnen Beispiele echter evangelischer und katholischer Frömmigkeit gegeben. Die Kinder seien religiös, und außerdem die konfessionellen Unterschiede ihnen nicht unbekannt. Diese Gegensätze ließen sich auch nicht durch die Gemeinschaftsschule ausgleichen. Diese Gegensätze seien viel zu tief und in der Anlage des Menschen begründet. Das Kind werde durch den konfessionellen Unterricht sicherlich nicht vergewaltigt. Zum religionsgeschichtlichen Unterricht Jede Zeit habe

ihre eigene Frömmigkeit. Jeder von dieser solle man nun gerecht werden. Die Religion solle man geschichtlich betrachten, z. B. jüdische, heidnische Religionen vorführen. Das Christentum habe dabei nur einen vorläufigen Einfluß. Die Kinder würden dadurch zur Kritik erzogen, während die Alten (die Lehrer) diese andern Religionen bereits von ihrem festen Standpunkt aus beurteilten. Das Kind brauche einen Führer. Dieser Führer sei der Lehrer. Der könne er aber nur als Klassen- und Religionslehrer zugleich sein. Er allein könne durch die verschiedensten Führer hindurch dem Kind helfen, die Spuren Gottes auch im Leben der Gegenwart zu entdecken. Vor allem sei der jugendliche Gelegenheitsunterricht dazu günstig. Der Geist der Schule solle darum ein christlicher sein. Der Lehrer des Kindes Vorbild sein. Es handle sich bei der Frage: christliche Schule und Gewissen nicht nur um das Gewissen des Kindes, sondern auch um das des Lehrers und der Eltern. Der Lehrer wolle in der Schule nicht schweigen von dem, dessen ihm das Herz voll sei. Und die Eltern wolle ihren Kindern den Religionsunterricht erhalten, wie sie ihn gehabt haben. An ihrer Abwägung liege es. Sie müßten sich vor ihren Kindern verantworten.

Als erster Diskussionsredner sprach Professor Bauer vom Lehrerseminar Nagold. Er variierte den bekannten Satz, daß wer die Jugend habe, auch die Zukunft habe, dahin, daß die Zukunft Deutschlands leider ja in den Händen unserer Feinde liege. Es sei daher betrübend, daß wir Deutschen in dieser Zeit, da die Feinde uns die Haut vom Körper ziehen, uns zanften und stritten. Vielleicht könne es aber auch als Zeichen einer ungebrochenen Kraft dieses wunderlichen Volkes angesehen werden, daß, während es am Abgrunde steht, noch solche Fragen grundtieflich ausgetragen werden. Auch er sei von der Notwendigkeit überzeugt, daß die Jugend religiöse Erziehung haben müsse, er habe aber schwerste Bedenken wenn er sehe, auf welchem Wege das geschehen solle. Der Reichsschulgesetzentwurf wolle die deutsche Volksgemeinschaft noch weiter zerren. In der Gemeinschaftsschule sei die religiöse Erziehung auch gewährleistet. Es sei auch verfassungsmäßig festgestellt, daß in der Gemeinschaftsschule ein konfessioneller Unterricht erteilt werde, genau so wie in der Belenntnissschule, und die Religionslehrer würden den Unterricht auch in religiösem Geiste geben. Wenn man sage, der christliche Geist werde in den andern Schulstufen nicht aufrechterhalten werden, so sei dem gegenüber zu sagen, daß die andern Lehrfächer ihre Gesetze in sich selbst tragen. Das was für die wissenschaftliche Bildung der höheren Schulen und der Hochschulen gelte, das wisse auch für die Volksschule recht sein, daß nämlich nicht anders gelehrt werde als nach wissenschaftlichen Grundrissen. Auch in der Geschichte könne objektiv gelehrt werden, das gelte auch für die Reformationsgeschichte, denn in der Verfassung sei auch festgelegt, daß auf Andersdenkende Rücksicht genommen werden müsse. Uebrigens werde die Reformationsgeschichte ja auch in den simultanen höheren Schulen und auf den Hochschulen nicht nach rein konfessionellen Gesichtspunkten gegeben. Er wolle die christliche Gemeinschaftsschule, wie sie Boden schon habe. Die Mitglieder des württembergischen und deutschen Lehrervereins seien nach wie vor gewillt, Religionsunterricht zu erteilen, denn in der Gemeinschaftsschule werden auch christlich-evangelische und christlich-katholische Lehrer sein. Als Schulmann und Patriot habe er wichtige pädagogische und nationale Gründe gegen die Verfallgemeinerung des Grundlages der Belenntnissschule, die zur Zersplitterung führe. Denn durch die Forderungen der verschiedenen Belenntnisse müßten Zwerghschulen entstehen, wodurch naturgemäß die Leistungsfähigkeit beeinträchtigt werde. Auch werde durch diese Zersplitterung die pädagogische Wissenschaft, deren Aufgabe es sei, die Seele des Kindes zu ergründen in bezug auf seine religiösen wie andern Anlagen beeinträchtigt. Die pädagogische Wissenschaft habe die Aufgabe, die kulturellen Erzeugnisse den Kindern nahe zu bringen, was nicht in der Weise geschehen könne, wenn die Schule nicht einheitlich geführt werde. Sodann fragte der Redner, wie die Lehrerbildung denn eigentlich gestaltet werden solle, denn ebenso gut wie die andern könnten auch Monisten, Steinerianer usw. Anspruch auf Ausbildung von Lehrern stellen, und wenn der Staat eingreife, müsse das zum Gewissenszwang führen. Das wichtigste Bedenken sei aber das nationale. Die Belenntnissschule führe zur sozialen und politischen Zersplitterung, weil die in Betracht kommenden Kräfte sozial nur noch erweitert werde. Wir seien Glieder eines Volkes, einer Kulturgemeinschaft, und dieses Gut müsse allen zu eigen werden. Es müsse eine Schule der deutschen Volksgemeinschaft kommen, und das sei die Gemeinschaftsschule. Hauptlehrer Widmann-Visslitz h. Herrenb. führte aus, er werde den Befürwortern der Belenntnissschule ohne weiteres glauben, wenn sie ihre Kinder ebenfalls in die Belenntnissschule schickten, und nicht in die simultanen höheren Schulen. Auch sei es eine innere Unwahrscheinlichkeit, wenn man sage, man wolle die Belenntnissschule, und gleichzeitig werde von führenden Geistlichen zugestanden, daß zwischen Alt- und Neuprotestantismus ein Graben stehe, der nicht zu überbrücken sei. Der deutsche Lehrerverein wolle die nationale Einheitschule aus deshalb, weil das Kind schon in der Schule wissen solle, daß wir ein Volk seien. Und wenn diese einheitliche Erziehung durchgeführt werde, dann werde das Herz des deutschen Volkes wieder zu vollem, reinem Schlage gelangen. Schulrat Kimmich-Rottweil bemerkte, daß der deutsche Lehrerverein mit seinen 140 000 Mitgliedern eigentlich nicht nötig habe, einen Anwalt für seine Anschauung zu nehmen. Der Reichsschulgesetzentwurf, der die Belenntnissschule zulasse, sei nach dem Ausdruck eines großen deutschen Schulmannes so schlimm, daß alle unsere Feinde nichts

Schlimmeres uns hätten antun können, als dieser Gesetzentwurf in bezug auf die Einheit des Volkes. Es sei verwunderlich, daß hier die evangelische Kirche mit Zentrum und Sozialdemokratie gehe. Es handle sich hier darum, ob man eine einheitliche Erziehung wolle oder eine zersplitterte. Wenn die Rezenten von der christlichen Schule sprächen, so müsse es auch eine christliche Erziehung geben, also keine protestantische und keine katholische. Der Geschichtsunterricht müsse von deutschem Gefühl getragen sein, den protestantisch oder katholisch gefärbten lehne der deutsche Lehrerverein ab. Es sei falsch, von der Gemeinschaftsschule als einer weltlichen zu sprechen; die Belenntnissschule sei eine Kirchenschule, während die Gemeinschaftsschule die Volksschule sei, die das deutsche Volksgut den Schülern übermittle. Es handle sich darum ob wir unsere Kinder zu deutschen Volksgenossen erziehen wollen, oder zu Anhängern von partikularistischen Gruppen und Grüppchen. Auf die Ausführungen der Vorredner antwortete Oberlehrer Roschitzky, daß sich hier allerdings ein fundamentaler Gegensatz zwischen den Anhängern der Belenntnissschule und denjenigen der Einheitschule zeige, denn die ersteren wollten die Schule nicht in erster Linie als Kulturschule haben, sondern danach trachten, die Kinder in ein richtiges Verhältnis zu Gott zu bringen. Die Anhänger der Belenntnissschule wollten nur den Zustand erhalten, wie er bisher gewesen sei. Und es sei verfassungsmäßig festgelegt, daß die Kinder hier nach dem Willen der Eltern erzogen werden. Die Eltern, welche für ihre Kinder keinen Religionsunterricht wünschen, können die Kinder ja herausnehmen. Gemeindefiskusrat Aldinger-Calw vertrat den Standpunkt, daß die Verrohung und Erstarrung der Jugend die Lehre der lebendigen Religion mehr als je notwendig mache. Der Staat habe das größte Interesse an der christlichen Religion und an der christlichen Schule. Die alten Simultanen seien christliche Schulen gewesen, aber die neuen Simultanen sollen den Uebergang zur weltlichen Schule bilden. Aus nationalen Gründen lehne er die Gemeinschaftsschule ab, er wolle aber auch keine Kirchenschule. Stadtpfarrer Dr. Strödel-Stuttgart vom ev. Volkbund führte aus: Die Schulfrage sei heute eine Religionsfrage geworden. Es sei fernes Erachtens kein schlechtes Zeichen, wenn das deutsche Volk in dieser schweren Zeit in die Tiefe steige. Er habe auch Kenntnis von der württembergischen Lehrerschaft, daß in ihr viel religiöses Leben und Haben sei. Aber auf beiden Seiten dürfe der gemeinsame Boden nicht verloren werden. Die Meinungsverschiedenheiten seien größer als nötig sei. Aus dem Reichsschulgesetzentwurf gehe hervor, daß die Volksschulen Gemeinschaftsschulen werden sollen, soweit sich nicht nach den Bestimmungen des Gesetzes Belenntnis- oder belenntnisfreie Schulen bilden werden. In der Gemeinschaftsschule werde der Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach geführt. Nach dem Entwurf müsse man damit rechnen, daß unser Schulwesen auch auf die Freidenker eingestellt werden müsse. Aus diesen Gründen könne der Unterricht in diesen Schulen auch nicht vom Geist des religiösen Belenntnisses erfüllt sein, vielmehr müsse der gesamte Unterricht, mit einiger Ausnahme des Religionsunterrichts auf der Grundlage des gemeinsamen nationalen Bildungsguts erteilt werden. Ob hierunter auch die Religion zu rechnen sei, sei nicht ersichtlich. (Von Seiten der Anhänger der Gemeinschaftsschule wurde Ja gerufen.) Der Unterschied zwischen der Erteilung des Religionsunterrichts in der Belenntnis- und in der Gemeinschaftsschule kennzeichne sich dadurch, daß er der Gemeinschaftsschule als ein Fach gewissermaßen angegliedert sei, während er in der Belenntnissschule im Mittelpunkt der Erziehung stehe. Nach der Erklärung von katholischer Seite sei nicht damit zu rechnen, daß man die Katholiken in die Gemeinschaftsschule belomme, warum sollen also die Evangelischen so tolerant sein, die evangelische Schule zur Gemeinschaftsschule umzubauen. Die alte geistliche Schulaufsicht werde nicht wiederkehren, auch werde keine Gesinnungsschnüffel getrieben werden. Gerade die deutsche Not müsse dazu führen, daß der Geist der Schule in die Tiefe gehe durch die religiöse Erziehung. Handelschuldirektor Zügel meinte hinsichtlich der Leitung von Simultanen in bezug auf den Religionsunterricht, daß es hier auf den Takt des Lehrers ankomme. Als Vater wünsche er aber seinen Kindern religiöse Erziehung, wie sie ihm als Kind und Jüngling über die schwersten Zeiten geholfen habe, und die den Kindern auch die beste Stütze fürs Leben sei. Später könne sich das heranwachsende Menschenkind seine eigene Lebensanschauung bilden. Im Schlußwort, in dem Oberlehrer Kühnle auf die verschiedenen Oppositionsreden einging, begrüßte es der Redner, daß der württembergische Lehrerverein für eine christliche Gemeinschaftsschule sei, die Anhänger der Belenntnissschule wollten aber, was sie haben, nicht hergeben auf das Verprechen einer künftigen unsicheren Gemeinschaftsschule hin. Sie betrachten die christliche Schule als das Beste, was das deutsche Volk heute brauche, nämlich warme Liebe und tiefe sittliche Erinnerung. Mit großer Mehrheit wurde dann folgende Entschlußfassung angenommen:

Entschließung.

Die am 28. Oktober im „Badischen Hof“ in Calw ersuchte neue Versammlung erklärt sich aufs bestimmteste gegen alle Veruche, unsere konfessionelle Volksschule in eine simultane zu verwandeln und fordert deshalb, daß verfassungsgemäß den christlichen Eltern christliche Schulen erhalten bleiben oder eingerichtet werden. Die Versammlung stand im Zeichen schärfster Gegensätze der beiden einander bekämpfenden Richtungen, jedoch damit zu rechnen ist, daß der Kampf bis zur endgültigen Entscheidung durch den Reichstag und eventuell durch die Eltern und Erziehungsberechtigten noch weiter gehen wird.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Newport, 29. Okt. 3 Uhr. Kurs der Reichsmark bei Börsenschluß 0.56 1/2 (0.57 1/4) Cents. Dies entspricht einem Kurs von 176.99 (174.23) M für den Dollar.

Ankauf von Silbergeld durch die Post.

Das Reichsbankdirektorium hat den Ankaufspreis für Reichsilbermünzen mit Wirkung vom 24. Oktober an auf den siebenfachen Betrag des Nennwerts der Stücke festgesetzt. Beim Ankauf durch die Post sind also bis auf weiteres zu bezahlen für ein Einmarkstück 7 M, für ein Zweimarkstück 14 M, Dreimarkstück 21 M, Fünfmarsstück 25 M, für ein Halbmarkstück oder silbernes 50 Pf.-Stück 3.50 Mark, für ein silbernes 20 Pf.-Stück 1.40 M. Für ein Taler werden auf Grund seines höheren Silbergehalts 23 M bezahlt. Bei abgenutzten Münzen ist ein entsprechender Abzug zu machen.

Die Wiederkehr der Hartmünzen.

Bekanntlich dürfte bald wieder die deutsche Mark, wenn auch nicht in dem Metallgehalt der Vorkriegszeit, im Verkehr umlaufen. Die Prägungen werden im nächsten Monat beginnen. Neben dem Einmarkstück sollen auch Zwei- und Dreimarkstücke in Prägung kommen; doch fehlen darüber derzeit noch nähere Angaben.

Die Weltkropfenernte.

Während 1920 der Gesamtkropfenertrag sich auf 1 032 000 Zentner belief, zeigte die Statistik über das laufende Jahr folgende Zahlen in 1000 Zentner: Vereinigte Staaten 270, England 220, Deutschland 68, Tschechoslowakei 55, Frankreich 35, Belgien 16, Polen-Wolynien 20, Südslawien 16, Australien 25, zusammen 725 000 Ztr. Da der Weltbedarf auf 1 Million Zentner für das Jahr 1921/22 geschätzt wird, ergibt sich ein Fehlbetrag von etwa 300 000 Zentner.

Marktpreis für freies Getreide.

Zur Berechnung des Unterschiedes zwischen dem Umlagepreis und dem Marktpreis für freies Getreide zum Liefertermin am 15. Oktober wurde der Marktpreis für freies Getreide durch die Reichsgetreidestelle wie folgt für die Tonne festgesetzt: Weizen 4750, Roggen 3800, Wintergerste 4550, Sommergerste 5400, Hafer 4000 M. Die Festsetzung gilt nur für solches Originalsaatgetreide, für das der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft nicht bereits einen festen Betrag, der an Stelle des Unterschiedes zwischen den Umlage- und Marktpreis für freies Getreide zu zahlen ist, bestimmt hat.

Vom Obst- und Gemüsemarkt.

(Stuttg.) Stuttgart, 29. Okt. Der Obstmarkt flaut ab, Zufuhr und Nachfrage gehen zurück; die Preise halten sich für geringe Ware knapp auf dem bisherigen Stand; für ausgefuchte Qualitäten in Winteräpfeln sind sie etwas in die Höhe gegangen. — Der Mostobstverkehr geht ebenfalls zurück; einheimisches Obst geht zu Ende; in französischem Obst ist die Nachfrage zurückhaltend. Die Preise stehen auf 120—130 M pro Zentner im Kleinverkauf. — Der Gemüsemarkt ist ruhig. Spinat und Endivien sind wenig gefragt, Blumenkohl besser. Knappheit herrscht in Rotkohl, Gelbrüben und besonders in Weißkohl. Die Zülbauern lassen sich nicht mehr auf dem Charlottenplatz bilden und verkaufen ihr Kraut im Umherziehen; der Bedarf ist noch nicht gedeckt.

Starkes Sinken der Schweinepreise?

Die „Deutsche Fleischzeitung“ kündigt ein starkes Sinken der Schweinepreise an. Durch die Einfuhr der serbischen und rumänischen Schlachtschweine auf den Hauptmärkten ist ein großer Ueberstand unserer einheimischen Waren vorhanden. Sehr ins Gewicht fällt, daß die Auslandschweine an Schwere und Fettgehalt unsere einheimischen überreffen. — Wir wollen keinem allzu großen Opti-

mismus huldigen und lieber abwarten, ob es sich bestätigt, daß der gegenwärtigen Steigerung aller Warenpreise gerade die Preise für Schweinefleisch abschlagen.

Märkte.

(Stuttg.) Vom Ries, 29. Okt. Dem letzten Nordlinger Viehmarkt waren 700 Stück zugetrieben. Die Preise sind etwas gesunken. Es wurden gehandelt: für einen Ochsen 8500 M, für einen Stier 2200—3150 M, für eine Kuh 2500—6450 M, für eine Kuh mit Kalb 4000—7200 M, für eine trächtige Kuh 5000 bis 6350 M, für eine Kalbel 2450—8060 M, für ein Stück Jungvieh 1900—3800 M. Der Handel war gedrückt.

(Stuttg.) Wangen i. A., 29. Okt. Der Oktober-Pferdemarkt war zahlreich besucht und mit etwa 200 Pferden besetzt. Die Preise bewegten sich zwischen 18 000—20 000 M für gute Arbeitspferde, 22 000—25 000 M für ganz schöne Pferde. Der Handel ging nicht sehr lebhaft und es machte sich ein Senken der Preise bemerkbar. In den Gastplätzen waren über 900 Pferde eingestellt.

(Stuttg.) Stuttgart, 29. Okt. Dem Mostobstmarkt auf dem Nordbahnhof waren 17 Wagen neu zugeführt, worunter 10 aus Frankreich, 4 aus Württemberg und 3 aus Italien. Preis wagenweise für 1 Zentner 102—112 M, im Kleinverkauf 110 bis 118 M.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- u. Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftl. Verkehrskosten in Zuschlag kommen. D. Schriftl. Für die Schriftleitung verantwortlich J. B. W. Rudolph, Calw Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Bewertung der Natural- und Sachbezüge f. den Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Der Wert der Natural- und Sachbezüge für den Steuerabzug vom Arbeitslohn ist mit Wirkung vom 1. November ds. Js. ab einheitlich für den ganzen Bezirk des Landesfinanzamts Stuttgart folgendermaßen festgesetzt worden:

- Für Arbeitnehmer mit einfacheren Dienstleistungen (Dienstboten, Hauswerkgehilfen usw.) für freie Station (Verpflegung mit Wohnung, Heizung, Beleuchtung) auf täglich 9 Mk. monatlich 250 Mk. für volle Verpflegung
- auf täglich 7 Mk. monatlich 200 Mk. für Wohnung, Heizung, Beleuchtung
- auf täglich 2 Mk. monatlich 50 Mk. für Arbeitnehmer mit höheren Dienstleistungen: (Arzte, Hauslehrer, Handlungsgehilfen, Erzieherrinnen usw.) für freie Station (Verpflegung mit Wohnung usw.) auf täglich 11 Mk. monatlich 300 Mk. für volle Verpflegung
- auf täglich 9 Mk. monatlich 250 Mk. für Wohnung, Heizung, Beleuchtung
- auf täglich 2 Mk. monatlich 50 Mk.

Den Wert anderer, nicht besonders genannter Natural- und Sachbezüge bestimmt das Finanzamt auf Antrag des Arbeitgebers in jedem einzelnen Fall nach örtlichen Mitteln.

Hirsau, den 28. Oktober 1921. Finanzamt: Voelker.

5. Sammlung für Oberschlesien.

Es gingen folgende Spenden ein: Oberamtsparkasse Calw: Witwe Fischer 5, Sammlung durch das Schultheißenamt in der Gemeinde Breitenberg 60, Ungenannt 2, Sammlung durch das Stadtpfarramt Jabelstein 117, Sammlung durch das Schultheißenamt in der Gemeinde Oberkollwangen 1576, M. H. 30, Sammlung durch das Pfarramt Adelberg 750, Sammlung durch das Pfarramt Monakam 160, Sammlung durch das Schultheißenamt in der Gemeinde Nilsheim 600. — Mark, sowie von Gutspächter Hohl-Hof Dike 1 Zentner Weizen und 13 Pfund Vorröst, insgesamt 3840. — Mark. Geschäftsstelle des Calwer Tagblattes: Stadtschultheiß Wöhner 20, Alfred Kay 50, Sammlung durch das Schultheißenamt Altdorf 303, 2. Sammlung in der Gemeinde Gengen 122 Mk 25 Pfund Mehl durch Buchbindermeister Böttner, Gemeinderat Fendel-Breitenberg 50. — Mark, insgesamt 542. — Mark.

NB. Wo kein Ortsname beigefügt, sind die Spender von Calw. Das Gesamtergebnis von allen 5 Sammlungen in den einzelnen Sammelstellen ist nach den Veröffentlichungen an dieser Stelle folgendes: Stadtpflege Calw insgesamt 978.40 Mark, Oberamtsparkasse Calw insgesamt 12 373.50 Mark, Kreditbank für Landw. u. Gewerbe in ges. 2957.50 Mark, Spar- und Sparkbank insgesamt 2332. — Mark, Württ. Sparkasse, Agentur Calw insgesamt 218.50 Mark, Heinrich Kühle, Garnhandlung insgesamt 189. — Mark, Geschäftsstelle des Calwer Tagblattes in ges. 2845. — Mk., also rund 22 000. — Mk., mit den an anderen Stellen abgekauften Beträgen sind zusammen mindestens 30 000. — Mark an Spenden aus dem Oberamt Calw für das Oberschlesienwerk gegeben worden.

Allen gütigen Spendern und den Sammelstellenleitern sei hiemit herzlich gedankt. Die Sammlung ist hiemit geschlossen.

Etwaige Geld- und Lebensmittelspenden sind von jetzt ab direkt an die Vereinten Verbände heimattreuer Oberschlesier, Landesstelle Württemberg, Neuer Bahnhof 4 A, zu richten. — Postcheckkonto Nr. 8400 Stuttgart.

Einige kräftige, ältere und solide Arbeiter gesucht
Liebenzeller Filzfabrik, Paul Krüger.

Dampfwalzbetrieb 1921.

Die Gemeinden des Oberamtsbezirks werden hiemit benachrichtigt, daß im Laufe des Sommers wiederum Dampfwalzen für das Bauamt im Bezirk tätig sind. Gemeinden, welche die Walzen zu benützen wünschen, haben ihre Gesuche unter Angabe der Länge der Straße und der ungefähren Menge und Art des einzumalzenden Gehäuses innerhalb 4 Wochen bei der unterzeichneten Stelle einzureichen. Später einkommende Gesuche können nur in den dringendsten Fällen berücksichtigt werden. Von der Möglichkeit und der Zeit der Abgabe der Walzen wird jede Gemeinde benachrichtigt werden, sobald der Walzenbetriebsplan festgestellt sein wird. Die Bedingung für die Mitbenützung der Walzen werden auf Ansuchen von dem Bauamt mitgeteilt. Die zum Walzbetrieb erforderlichen Kohlen müssen voraussichtlich von den Gemeinden gestellt werden. Calw, den 31. Oktober 1921. Straßen- und Wasserbauamt.

Dr. Autenrieth
Ist im November
In Urlaub.

Arbeitsvergebung.

Für den Umbau eines Wohnhauses mit Stall und Scheuer für Herrn Daniel Prommer Jg., Schuhmacher in Rötendach bei Ebnach haben wir folgende Rohbauarbeiten zu vergeben:

Beton-, Maurer-, rote Steinhauer-, Zimmerer-, Schmiede-, Blechner-, u. Dachdeckerarbeiten.

Zeichnungen und Arbeitsbeschriebe liegen bei Herrn Prommer in Rötendach zur Einsichtnahme auf. Angebote erdellen bis Samstag, 5. November 1921 an den Bauherrn. Die Bauleitung: **Herrn Hink u. Fritz Gropf**, Architekten, B. D. A., Pforzheim, Fernspr. 2716.

Apfel- Hoch- und Halb- stämme, Quitten-, Stachel- u. Johannisbeeren- Bäumchen und Büsche, beste Sorten
empfiehlt
Ph. Mast, Handlungsgärtner.

Konzert-Zither
zu kaufen gesucht
zu erfragen
Gastwirtschaft Mehger.
Eine gute haltene
Geige
(Ganze) verkauft
Georg Volz,
Nilsheim.

Guterhaltene
Fußball- Schuhe
ev. mit Treß verkauft
Wer, sagt die Geschäfts-
stelle dieses Blattes.
Bad Liebenzell.
Pferd
für Landwirtschaft geeignet
verkauft
Friedrich Walz.

Kater
(weiß-gelb) hat sich verlaufen,
abzugeben gegen Belohnung
und Futtergeld bei
Emil Wagner,
Lederstraße 156 I.
Neue la
Salz-Heringe,
neue la
Eisig-Burken
Friedr. Lamparter,
am Karat

Suche
jung. Mädchen
das im Maschinenschreiben
bewandert ist und gute Hand-
schrift hat,
zur **Aushilfe**
im **Kontor.**
Marmorwerk Zeinach,
Ernst Bischoff.
Auf Weihnachten ein
Mädchen

ge sucht, welches die Land-
wirtschaft versteht.
Gasthof zum „Lamm“
Jabelstein.

Diensboten-Gesuche
haben
in unserem
Blatte (da ja der
größte Teil der Auf-
lage Verbreitung
auf d. Lande
findet)
gewünschten Erfolg!

Kurzgefärgtes, trockenes Brennholz
in Fuhren zu 100 M.,
frei vore Haus, kann sofort
geliefert werden.
L. Kaercher,
Sägewerk, Hirsau.
50 Ltr. Most,
ein kleineres
Tischle und
2 Röhrenhocker
sind zu verkaufen
Lederstraße 183 I.

Rasch berichtet
das „Calwer
Tagblatt“ über
alle wissens-
werten Vor-
kommnisse!

Anna Anasse
Friedrich Luz
Verlobte
Neuhengstett Ottenbromm
Oktober 1921.

Freie Bäcker-Innung
Calw und Umgebung.
Die Innung ist genötigt, folgende Preise festzu-
setzen für das Backen eines runden
Blechtes mit Beleg Mk. —.50
ein langes Blech Mk. —.60
ein dicker Kuchen Mk. —.60
ein Laib Mk. —.60
Der Ausschuß.

Zeinacher Mühle
Nachdem die Reparaturarbeiten
an meinem Mühlwerk fertig
sind, teile meiner w. Kundschaft
mit, daß vom Dienstag, den
1. November ds. Js. ab,
wieder Getreide gemahlen wird.
Friedrich Gollmer, Bad Zeinach.

Für die noch brach daliegenden u. im Herbst
eingehenden Gelder empfehlen wir:
als gunstige Kapitalanlage:
4 1/2 % u. 5 % ige erstklassige
hypothekarisch sichergestellte
Industrie-Obligationen.
Spar- u. Vorschussbank Calw.

Felle
von Maulwurf, Kanin, Feldhasen,
Reh, Gaiße, Fuchs, Marder,
sowie alle anderen Felle
kauft zu den höchsten Preisen an.
Erich Maischhofer, Pforzheim
Mod. Tierausstopferer, Lindenstr. 52, Fernspr. 1501